

Die SP unterstützt Schritte in die Zukunft

Mitte Mai kommt es in der Gemeinde Arth zu zwei kommunalen Abstimmungen. Die SP Arth-Goldau stellt sich hinter die beiden wichtigen Geschäfte und setzt sich damit für eine zukunftsorientierte Gemeinde Arth ein. Die SP Arth-Goldau nimmt zudem Stellung zu den weiteren Vorlagen vom 19. Mai.

Der Goldauer Bahnhofplatz soll mit den zwei Abstimmungsvorlagen „Teilnutzungsplanung Bahnhofplatz, Goldau“ und „Gewährung eines Verpflichtungskredits von 17.7 Millionen Franken für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes in Goldau“ ein neues Gesicht bekommen. Die SP Arth-Goldau unterstützt das Vorhaben. Der Bahnhofplatz soll zu einem reibungslosen Knoten für Zugreisende, Fussgänger, Velofahrer und Busse werden. Bei einer Annahme der beiden verknüpften Geschäfte können längst fällige Verbesserungen im Bereich der Sicherheit auf dem Bahnhofplatz vorgenommen werden. Die Aufwertung des Bahnhofplatzes erhöht die Aufenthaltsqualität und erleichtert das Umsteigen zwischen Bus und Bahn. Zudem ermöglichen es die fünf geplanten behindertengerechten Halteketten des neuen Busbahnhofes die Attraktivität des ÖV-Angebots zu steigern und sorgen dafür, dass das kantonale Buskonzept „Talkessel Schwyz 2021“ umgesetzt werden kann. Mit diesem Buskonzept profitieren die drei Dörfer Arth, Oberarth und Goldau mit neu vier statt zwei Busverbindungen pro Stunde und Richtung. Die Neugestaltung des Bahnhofplatzes sorgt so für die dringend nötige Stärkung des Öffentlichen Verkehrs.

Für die SP Arth-Goldau ist es zentral, dass die dazu geplante Tiefgarage keine Kapazitätserweiterung beim motorisierten Individualverkehr mit sich bringt. Durch den Bau einer eingeschossigen Tiefgarage bleiben die jetzt bestehenden Kurzzeitparkierungsmöglichkeiten bestehen. Weiter ist die Gemeinde Arth bemüht optimale Lösungen für die Post und den Kiosk zu präsentieren. Aus Sicht der SP hätte die Gestaltung des neuen Platzes zwar durchaus repräsentativer und moderner ausfallen dürfen. Das nun präsentierte Projekt ist jedoch ein breitabgestützter Kompromiss, welchen die SP Arth-Goldau vollumfänglich unterstützt.

Nein zur Umsetzung der Transparenzinitiative

Vor rund einem Jahr hat die Schwyzer Bevölkerung der Transparenzinitiative zugestimmt und mehr Transparenz in der Politikfinanzierung gefordert. Statt eine pragmatische Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zu erlassen, ignorierte die Mehrheit des Schwyzer Kantonsrats die Forderungen der Bevölkerung und präsentiert nun einen Gesetzestext voller Schlupflöcher. So müssten beispielsweise durch das vom Kantonsrat erarbeitete Gesetz Spenden in kampagnenlosen Jahren nicht offengelegt werden. Das bedeutet, dass Spenden in Jahren, in denen eine Partei keine Kampagne führt, nicht offengelegt werden müssen und zwar auch dann nicht, wenn sie in einem späteren Jahr verwendet werden. Das führt dazu, dass eine Partei beispielsweise in einem Jahr 100'000.-- Franken Spenden sammeln kann, diese nicht deklarieren muss und die Spendengelder dann im Folgejahr für eine Wahlkampagne

verwenden kann. Eine solche Umsetzung der Transparenzinitiative führt dazu, dass die Schwyzer Politik weiterhin völlig intransparent bleibt. Dem demokratischen Volkswillen wird so nicht Rechnung getragen. Die SP Arth-Goldau empfiehlt, diese Vorlage abzulehnen. So bekommt der Kantonsrat nochmals die Aufgabe ein besseres Gesetz zu entwerfen, welches den Forderungen nach mehr Transparenz tatsächlich gerecht wird.

Abstimmungen auf nationaler und Bezirksebene

Die SP empfiehlt die Vorlage über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) zur Annahme. Diese Vorlage beinhaltet die dringend benötigte Zusatzfinanzierung von jährlich 2 Milliarden Franken zur Stabilisierung der AHV und die Aufhebung von Steuerprivilegien für internationale Unternehmen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Sicherung der AHV-Renten zu leisten und ein international konformes Steuersystem für Unternehmen zu schaffen. Die AHV als wichtigstes Sozialwerk der Schweiz muss gestärkt werden. Wegen der steigenden Lebenserwartung und dem Eintritt der Baby-Boomer ins Rentenalter beziehen immer mehr Menschen eine Rente. Deshalb braucht die AHV zusätzliche Mittel. Zum ersten Mal in 20 Jahren würde sie eine solche substanzielle und sehr sozial finanzierte Zusatzfinanzierung erhalten. Und dies ohne Kürzung von Leistungen.

Ja zur Waffenrichtlinie

Bei der Änderung der Waffenrichtlinie geht es einzig um die Registrierung von halbautomatischen Waffen, die von Privaten frei erworben wurden und noch in keinem Waffenregister eingetragen sind. Diese Waffen müssten künftig neu registriert werden und danach alle fünf Jahre. Dazu muss einer in den Schiessverein eintreten oder einmal pro Jahr durchschnittlich schießen. Armeeangehörige werden auch künftig ihre Sturmgewehre heim nehmen können. Ohne eine Zustimmung zu dieser Waffenrichtlinie droht der Schweiz ein Ausschuss aus der Schengen-Mitgliedschaft.

Nein zur Bezirks-Pluralinitiative

Die Bezirksvolksabstimmung-Pluralinitiative der FDP zur Einführung der Urnenwahl im Bezirk Schwyz lehnt die SP Arth-Goldau ab. Die von der FDP lancierte Initiative würde ein unnötiges Bürokratie-Monster erschaffen. Die SP Arth-Goldau begrüsst es nicht, dass der Bezirk mit einem neuen Wahlsystem gestärkt werden soll. Viel wichtiger ist es aus Sicht der SP, dass die veralteten Bezirksstrukturen kritisch hinterfragt und wo nötig abgeschafft werden.

Parteileitung der SP Arth-Goldau

Parolen SP Arth-Goldau

„Teilnutzungsplanung Bahnhofplatz, Goldau“ **JA**

„Gewährung eines Verpflichtungskredits von 17.7 Millionen Franken für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes in Goldau“ **JA**

Umsetzung der Transparenzinitiative **NEIN**

Vorlage über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) **JA**

Änderung der Waffenrichtlinie **JA**

Einführung der Urnenwahl im Bezirk **NEIN**